

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* im Rhein-Kreis Neuss, Erhard Demmer, in der Kreistagsitzung am 5. März 2008

(Sperrfrist: 05.03.2008 – 16 Uhr)
Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

der verlängerte Einstieg in das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) ist ohne größere Reibungsverluste gelungen.

Ein Dank gilt deshalb dem Kämmerer und der Kämmerei, die uns Kreistagsabgeordnete mit einem überschaubaren Haushalts-Entwurf ausstatteten, sowie den Dezernenten, die auf unsere Nachfragen ergänzende Informationen detailliert zur Verfügung stellten.

In der Finanzausschuss-Sitzung hat die Fraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* deutlich gemacht, dass sie bereit ist, an der Weiterentwicklung des NKF konstruktiv mitzuwirken. Umso verwunderlicher ist es, dass die Mehrheitsfraktion sich durch die von uns vorgelegten, nicht nur redaktionell veränderten Formulierungen für operative Ziele gestört fühlte.

Dieses Gefühl, werte CDU, können wir Ihnen nicht nehmen, da müssen Sie durch. Denn NKF ist nicht die Fortsetzung des kameralistischen Haushalts mit anderen Mitteln, sondern ein neuer Ansatz, der die Kreispolitik wieder auf Augenhöhe mit der Kreisverwaltungsspitze zurückbringen kann und der für die Bürgerinnen und Bürger, für die wir ja hier Politik machen, mehr Transparenz bringen muss.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben es im letzten Jahr schon gefordert und wiederholen diese Forderung heute: Für den nächsten Haushalt muss die Systematik noch stärker ausgebaut werden, vor allem die Ziele sind klarer und ausführlicher zu formulieren. Sie sind bekanntlich die Grundlage der Gestaltung des jährlichen Haushalts, also der Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle.

Wer diese aber im Sinne der NKF will, muss auch auf solide Kennzahlen zurückgreifen können, die erhellen und nicht verschleiern, wie etwa bei der Darstellung der tatsächlichen Ausgaben im Sozialbereich, im Personalbereich, in der Wirtschaftsförderung und die Möglichkeiten bieten, den Verwirklichungsgrad von Maßnahmen, etwa im Bereich Klimaschutz, nachvollziehbar machen.

Darin liegt auch die große Chance des Kreistags: tatsächlich mitzugestalten und nicht nur auf Projektankündigungen und -skizzen zu reagieren.

Dann muss auch Schluss sein mit der verqueren CDU-Praxis in den Haushaltsberatungen umfangreiche (*und nur um diese Anträge geht es, nicht um die mit geringem Volumen*) finanzielle Mittel einzustellen, ohne dass im Fachausschuss über die Festlegung von politischen Zielen beraten und entschieden wurde.

Die Rede ist von den 570.000 € zur „Sanierung der Sporthallen an den beruflichen Schulen“. Niemand unter den Mitgliedern des Kreis-Schulausschusses, davon gehen wir GRÜNEN aus, hat etwas gegen die Sanierung einzuwenden.

Aber wenn noch nicht einmal der Vorsitzende des Ausschusses über etwaige Bedarfe informiert wird und wenn die Kreisverwaltung selbst diesen möglichen Bedarf weder bei der Haushaltsaufstellung noch im Ausschuss anmeldet, dann hat das Verfahren doch etwas Anrüchiges.

Dann kann man nur den Schluss ziehen, dass hier in einem Schnellschuss, wegen der vorgezogenen Wahlen gut terminiert, Geschenke verteilt werden.

So kann dann der alte und neue Landratskandidat der CDU, Dieter Patt, im nächsten Jahr, wenn die Sanierungen durchgeführt worden sind, die Ehrenformationen in den Schulen als Gönner und oberster Sanierer, sekundiert von der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Beate Pricking, abschreiten und – medial unterstützt – sich im rechten Lichte sonnen.

In diese Reihe passt dann auch die Jubiläumsveranstaltung mit der Sporthochschule Köln und die vielfältigen Events der Wirtschaftsförderung, die nach Entscheidung des Landrats, assistiert vom Kreisdirektor, vom Vorsitzenden des Personalausschusses und von der CDU-Kreistagsfraktion insgesamt ein eigenständiges Dezernat erfordern, so wie es uns die neue PPP-, Public-Private-Partnership-Initiative, Patt-Petrauschke-PWC, nahe legen will.

Die Kreistagsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* ist da fundamental anderer Meinung.

Dass wir uns nicht missverstehen:

Die neunköpfige Crew der Wirtschaftsförderung ist dynamisch, flexibel und kompetent. Wer gute Arbeit vorzuweisen hat, sollte auch belohnt werden.

Aber rechtfertigt das auch ein eigenes Dezernat? Ein Dezernat, das eine quasi-zentrale Steuerungsaufgabe über die Projektförderung bekommt und so zu einer weiteren Hierarchisierung der Kreisverwaltungsebenen führt und damit eine veraltete Managementstruktur restauriert. Eine Struktur, die seit schwarz-gelb das Land verwaltet, in der Verwaltung und im Schulbereich wieder verstärkt wird, eine hierarchische Struktur, die man sonst nur den Staatsbesoffenen von den Traditions-Linken zugetraut hätte.

Was also, so fragen wir, meine Damen und Herren, ist des „Pudels Kern“? Zwei Interpretationsversuche bieten sich an:

Der Erste:

Früher fragte man noch „Wo ist Behle?“, heute fragt man „Wo ist Patt?“

In Kolumbien? In China? In Indien? In Russland? In Berlin? In Brüssel? In Essen? In Köln? In Düsseldorf? Oder sogar in Neuss?

Was macht der Kreisdirektor, der ja vielfältige Aufgaben, eine ganze Liste außerhalb der Kreisverwaltung, wahrnimmt?

Muss ein junger dynamischer Dezernent quasi als „*backup-office*“ her?

Hat was, dieser Interpretationsversuch, stößt aber wohl doch nicht zum Kern vor.

Versuchen wir es mit dem zweiten:

„Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehen.“

Übersetzt: Die vielen Ankündigungen in der Wirtschaftsförderungs- und Kreisentwicklungspolitik müssen nun, so das Kalkül der Macher, endlich umgesetzt werden. Schließlich stehen Wahlen an. Dafür braucht man eine eigene Steuerungsstelle, ein Dezernat.

Träfe dies zu, wäre die gesamte Beratung über Wirtschaftsförderung im Kreisausschuss, an der sich die Kreistagsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* sachlich-konstruktiv und detailliert beteiligt hat, Makulatur.

Das wäre dann – wie das operative Ziel in diesem Produktbereich übrigens schon ausweist – eine allen Beschlüssen des Kreisausschusses entgegenstehende klammheimliche Ausweitung der Wirtschaftsförderung des Kreises, die in offene Konkurrenz zu den Kommunen im Segment der Bestandspflege und Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen eintreten würde.

Die Kreistagsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* besteht darauf, dass die beschlossene Arbeitsteilung auch umgesetzt wird und fordert den Landrat auf, sich in der nächsten Kreisausschuss-Sitzung in dieser Angelegenheit zu erklären.

Erklärungen sind auch zur Internationalen Schule am Rhein (ISR) notwendig. Bisher waren es die Kreistagsabgeordneten gewohnt, die erforderlichen Informationen und Unterlagen für eine sachgerechte Entscheidung, der Kreis ist ja nicht unerheblich beteiligt, vorgelegt zu bekommen.

Trotz zum Teil unterschiedlicher Auffassungen konnten wir hier konstruktiv, ohne dass je die Vertraulichkeit verletzt worden wäre, beraten.

Mit dem plötzlichen Einkassieren und damit Vorenthalten vertraulicher Unterlagen im letzten Schulausschuss hat die ISR neue Wege beschritten. Der Bitte des Landrats, die Kreistagsabgeordneten im vertraulichen Teil des Kreisausschusses zu informieren, ist die ISR nicht gefolgt. Stattdessen war einen Tag später in der Zeitung eine Stellungnahme der ISR zu lesen.

Wer meint, dies sei die richtige Art mit den Kreistagsabgeordneten zu kommunizieren, stellt entweder sein Eigen- über das Gemeinwohlinteresse oder merkt schon gar nicht mehr, wie weit er sich entfernt hat. Schon erstaunlich, dass die CDU zu diesen Vorgängen schweigt.

Es geht hier auch um eine prinzipielle Frage:

Welches Auskunftsrecht hat der gemeine Kreistagsabgeordnete, wie ist es um sein Recht auf freie Meinungsäußerung bestellt?

Soll er es sich gefallen lassen, dass ein Mitgesellschafter, der in Personalunion auch Kreistagsabgeordneter ist, ihm mit der Keule des Geschäftsschädigungs-Vorwurfs droht?

Erfüllt sich die bissige Satire Dietrich Kittners aus den 70er Jahren als Realsatire, der dozierte „Im Kommunismus bestimmt der Staat, was die Wirtschaft zu machen hat - bei uns ist es umgekehrt“?

Müssen wir jetzt das ¾ Mio-Engagement abschreiben? All diese Fragen bedürfen schneller Antworten.

Nicht nur ausweichende Antworten sind auch hinsichtlich des WestLB-Desasters erforderlich, das Ministerpräsident Rüttgers zu einem großen Teil wegen seiner zögerlichen Haltung, die Bank schon vor einem Jahr in die Zukunft zu führen, mitzuverantworten hat.

Wie man richtig, umfassend und mit klarer Zielrichtung informiert, zeigt die Sparkasse Neuss und der Sparkassenverband. Es wird immer deutlicher, dass die WestLB die Sparkassen braucht, aber die Sparkassen nicht die WestLB.

Deren Krise hat bekanntlich die gelb-schwarze Regierung zu bewältigen und nicht der Kreistag, die finanziellen Auswirkungen bekommen wir jedoch in diesem Haushalt direkt und indirekt zu spüren:

Rückgang der Gewerbesteuer, keine, wie vor dem Desaster geplant, weitere Absenkung der Umlage des Landschaftsverbands und – mittelfristig von Bedeutung – Übernahme von Risiken durch unsere Sparkassen.

Die Kreistagsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* hat volles Vertrauen in die heimische Sparkasse. Sie ist gut aufgestellt, sie ist gut geführt, sie ist kundennah, sie erfüllt sozial-kulturelle Aufgaben und sie informiert die zuständigen Gremien umfassend.

Meine Fraktion wird sowohl im Rhein-Kreis Neuss als auch im Landtag die Sparkasse bei dem Versuch unterstützen, die Reform der angeschlagenen WestLB mit dem Ziel einer Stärkung der Sparkassen einzuleiten.

Eine Reform, die diesen Namen verdient, anders als die Rohrkrepiierer aus dem Hause Wolf.

In zweieinhalb Jahren Amtszeit hat der Innenminister Gesetze auf den Weg gebracht und durchgedrückt, die von handwerklichen Fehlern nur so strotzen und alles andere als gut für die Kreise und Kommunen sind:

Die so genannte Polizeireform, die neue Gemeindeordnung, die vordemokratische Zustände in der Kreisordnung zementiert, die Abschaffung der gewachsenen Strukturen der Versorgungsämter – alles so genannte Reformen übrigens, deren Beratung Landrat und CDU mit ihrer Macht auf Sparflamme gehalten haben.

Im Sozialbereich, einer der größten Ausgabeblöcke im Haushalt, meine werten Kolleginnen und Kollegen, gibt es trotz spürbaren konjunkturellen Aufschwungs leider nichts Neues.

Auf den Geburtsfehler der Hartz-Gesetze haben wir bereits im letzten Jahr hingewiesen. Die Kommunen werden finanziell vom Bund geschröpft, die Kosten der Unterkunft belasten die kommunalen Haushalte schwer.

Möglicherweise hat die Reform des Wohngeldes einen dämpfenden Charakter.

Eine wirkliche Chance, den Geburtsfehler zu reparieren ergibt sich mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Dezember. Bekanntlich müssen die ARGEn nach SGB II bis Ende 2010 aufgelöst und durch ein anderes Grundgesetz konformes Trägermodell ersetzt werden. Nun besteht die Chance, die überhastete Reform zu korrigieren.

Die Kreistagsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* ist jedoch skeptisch, ob die vom zuständigen Bundesministerium vorgelegten Eckpunkte für ein „kooperatives Jobcenter“, eine Zusammenarbeit von Bundesagentur und Kommune auf freiwilliger Basis und unter einem Dach, trotz der in Teilen guten Erfahrungen im Rhein-Kreis Neuss, nicht doch eine verkappte „feindliche Übernahme“ durch die Bundesagentur für Arbeit darstellt.

Es gibt also Diskussionsbedarf, den der Sozialausschuss zügig aufgreifen muss, da die Meinungsbildung im Bund bereits begonnen hat und die kommunalen Verbände klare Handlungsaufträge bekommen müssen.

Wichtige Ziele der Reform sind für uns GRÜNE, dass die sozialen Bürgerrechte gewahrt werden, die Hilfe aus einer Hand kommt, der Sachverstand der Kommunen - die kennen die sozialen Milieus am besten - einbezogen wird und die kommunalen Haushalte spürbar – wie eingangs erwähnt – entlastet werden.

In jeder Haushaltsrede des letzten Jahrzehnts hat die Kreistagsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* den Problembereich Klima, Strukturwandel und RWE angesprochen.

Mantramäßig haben wir den Beginn eines über einen langen Zeitraum verlaufenden Ausstiegs aus der fossilen Klimakiller-Energiegewinnung ebenso gefordert wie den Einstieg in die Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien.

Wir haben kritisiert, dass diejenigen, die allgemein für Klimaschutz eintreten, gegen jede Ausweisung von Windkraft kämpfen und haben den Schwindel, Atomkraft erzeuge keine Treibhausgase, mit den Argumenten entlarvt, der Bau der Kraftwerke setze besonders viele Treibhausgase frei,

die Aufarbeitung des hochradioaktiven Atommülls sei weiterhin ungeklärt und dessen Lagerung sei noch Jahrtausende lang zu sichern.

Wir haben mit vielerlei Argumenten, die Loslösung vom Oligopolisten RWE gefordert und als ersten Schritt zu einem „Unbundling“ den Verkauf der RWE-Aktien, auch zum Zwecke der weiteren Entschuldung des Kreishaushalts, beantragt.

Jedes Mal sind unsere Anträge knapp, aber bestimmt von den Lobbyisten des Konzerns, die hier im Rhein-Kreis Neuss gar einen Parteitag in den Gebäuden des Großkonzerns RWE abgehalten haben, abgelehnt worden.

Im Dezember letzten Jahres schlug dann der Landrat ein neues Kapital auf. Medial breit inszeniert, kündigte er an, einen Energiepakt mit RWE eingehen zu wollen. Voller Spannung warten wir darauf, welche Inhalte er uns vorstellen will. Nach den Osterferien werden wir dies in einer Pressekonferenz des Landrats erfahren, erst danach wird der Kreisausschuss am 9. April informiert.

Immerhin konnten wir aufgrund eines Antrags meiner Fraktion in der Finanzausschuss-Sitzung zur Kenntnis nehmen, dass die Vorschläge der GRÜNEN nach einem Klimaschutz- bzw. Energie-Beauftragten aufgegriffen werden, wie auch wohl weitere Bereiche aus unserem Programm Berücksichtigung finden.

Flugs stellt sich dem interessierten Beobachter die Frage:

Ist der Landrat „grün“ geworden? Oder kann er das jetzt erst, da RWE seine Geschäftsstrategie aufgrund des Verlusts einer Viertelmillion Kunden im letzten Jahr ändern musste, zeigen? Hat er das stets verbergen müssen, weil er doch als Aufsichtsrat-Mitglied dem Wohle des Unternehmens verpflichtet ist? Das weiß nur er selbst.

Wenn meine Generation, jedenfalls der richtige Teil, Pakt hört, dann stellen sich sofort verschiedene Assoziationen ein. Zuvörderst denken wir jedoch an Goethes „Faust“.

Deshalb stellt sich die Frage:

Ist es ein Pakt mit dem Teufel, den da der Dr. Faust aus dem Rhein-Kreis Neuss eingegangen ist, Margarete opfernd, wie schon bei Garzweiler II geschehen?

Oder hat er sich endlich zu der Erkenntnis durchringen können, „der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehen“?

Tritt er jetzt ernsthaft für erneuerbare Energien ein oder muss er sich sagen „Zwei Seelen wohnen, ach!, in meiner Brust“?

Wird er am Ende bekennen müssen „Da steh´ ich nun ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor“?

Keine Bange, Herr Landrat, „es irrt der Mensch solange er strebt“! Zwar hören wir die Botschaft wohl, allein uns fehlt der Glaube, doch hier endet die Analogie:

RWE ist längst entdämonisiert, ein Gemischtwarenladen-Energiekonzern, der Atommeiler in Großbritannien, Bulgarien und Rumänien bauen und betreiben will (glücklicherweise nicht mehr am Silbersee) und der das neue Geschäftsfeld „Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien“ nur deshalb aufgemacht hat, weil ihm die Kunden weglafen und er den CO²-Ausstoß verringern muss, weil ab 2012 strengere Emissionsschutz-Auflagen dem größten CO²-emittenten RWE ansonsten die Rendite verhaseln.

Die Kreistagsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* kennt die Interessen des Konzerns. Gerade deshalb wird sie sich an der Debatte um den Energiepakt kritisch und konstruktiv beteiligen. Wir werden dann, geleitet durch die inhaltlichen Eckpunkte des von uns im letzten Herbst eingebrachten Klimaschutz-Antrags überprüfen, ob wirklich die erneuerbaren Energien befördert, Energiesparen ausgebaut, nennenswert neue Arbeitsplätze, insbesondere in Grevenbroich und Jüchen, geschaffen und die Klimaschutz-Ziele unterstützt werden. Denn Klimaschutz ist auch Kinderschutz!

Das nämlich ist „des Pudels Kern“.

Wir werden auch darauf achten, dass die kommunalen Stadtwerke und die Berufskollege eingebunden werden.

In Zusammenarbeit mit letzteren möchten wir ein Kompetenzzentrum einrichten, das die Aus- und Weiterbildung im Bereich Regenerative Energien / Energieeffizienz organisiert und unterstützt. Einen entsprechenden Antrag haben wir soeben für den Kreis-, Schul-, und Umweltausschuss eingebracht.

Die wohl auf Juni 2009 vorgezogenen Kommunalwahlen werfen ihre Schatten voraus. Bei allen Angeboten kritisch-konstruktiver Mitarbeit hat die Kreistagsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* zusammen mit der grünen Partei ein Ziel, ein Ziel, dem die anderen Fraktionen hier in diesem Kreistag bis auf eine wohl zustimmen können:

Wir wollen die absolute Mehrheit der CDU, die seit Jahrzehnten diesen Kreis regiert, brechen.

Wir wollen dies, weil Verkrustungen und Verfilzungen, Alleingänge und Geheimniskrämerei ein Ende haben müssen, um diesen Kreis, der aufgrund seiner hervorragenden Standortfaktoren, trotz CDU, gut dasteht, zukunftsfähig gemacht und nachhaltig ausgerichtet werden muss.

Und das, meine Damen und Herren, das geht nur mit den GRÜNEN!

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender